

Für eine solidarische Gesellschaft (Ueli Mäder) - Ökonomisierte Lebenswelten emanzipatorisch demokratisieren (in: Zeitschrift Widerspruch, Nr. 73, Sept 2019, S. 159-166)

Eine solidarische Gesellschaft ist eine demokratisch soziale, sozialistische, in der alle viel Freiheit und Sicherheit haben. Ein Schritt, der in diese Richtung führt, ist die Demokratisierung der (direkten) Demokratie. Und sonst: Was führt sonst noch weiter? Hier ein paar Hinweise – in groben Zügen.

Frühere Gesellschaften kannten hierarchische sowie egalitäre Strukturen. Der Soziologe Heinz Bude (2018) verfolgt solidarische Stränge. Sie wurzeln im republikanischen Patriotismus, in christlichen Soziallehren, der Frauenemanzipation, proletarischen, genossenschaftlichen und sozialen Bewegungen sowie im Kategorischen Imperativ der Aufklärung. Niemand darf sich auf Kosten anderer bereichern. Alle kümmern sich um das gemeinsame Wohl und handeln möglichst verantwortlich. Dazu sind Vorleistungen nötig, eine soziale Infrastruktur. Subsidiarität setzt Solidarität voraus, institutionell und individuell. Denn Selbstorganisation kommt von unten und lässt sich nicht verordnen. Umgekehrt benötigt sie wirtschaftliche, rechtliche, soziale und politische Verbindlichkeiten. Dazu gehören radikal demokratische Verfahren. Ohne sie gibt es keine Freiheit – für alle.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts legte die proletarische Linke viel Wert auf das Gemeinschaftliche. Sie feierte den 1. Mai mit Spielen, Singen, Musizieren. Die industrielle Moderne tendierte indes dazu, soziale Gefüge funktionalistisch zu normieren. Und die hierarchische Tradition legitimierte das Autoritäre. Dazu trug auch die ständige Kriegsgefahr bei. Solche Bedrohungen können soziale Bande auseinander dividieren oder festigen, besonders dann, wenn ein gemeinsames Bewusstsein entsteht. Angst bewegt die einen dazu, gezielt zu handeln. Andere ziehen sich gebannt zurück oder flüchten vorwärts, irgendwohin. Die Philosophin Martha Nussbaum (2019) führt aus, inwiefern Angst auch demokratische Prozesse gefährdet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg häuften sich Streiks und soziale Bewegungen. Allmählich verbreitete sich dann eine fordistische Wohlfahrtskonzeption. Die 68erInnen-Bewegung wandte sich gegen dieses Arrangement. Ihre freiheitliche Option knüpfte an den globalen Aufbruch an. Gegen eine Individualisierung, die Menschen vereinzelt und kaum dazu anregte, mehr Solidarität zu wagen. Breite Bevölkerungskreise erlebten bereits den materiellen Aufstieg als Freiheit. Das änderte sich mit den rezessiven Einbrüchen der 1970er- und dem angelsächsischen Neoliberalismus der 1980er-Jahre.

Ökonomisierte Lebenswelten

Bis in die 1980er-Jahre dominierte in der Schweiz ein politisch liberaler Kompromiss, der das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit harmonisierte. Seit dem hoffnungsvollen Aufbrechen der Berliner Mauer (1989) drängt das Kapital jedoch offensiver dorthin, wo es sich maximal verwerten lässt. Statt die Realwirtschaft zu unterstützen, zielen Finanzinstitute inzwischen noch mehr darauf ab, ihre Gewinne zu steigern. Der finanzgetriebene Kapitalismus überlagert den politischen Liberalismus. Dieser Paradigmenwechsel forciert die Konkurrenz und Rationalisierung der Produktion. Er prekarisiert erstens Teile der (Lohn-)Arbeit. Zweitens halten niedrige Löhne mit steigenden Lebenshaltungskosten kaum Schritt. Drittens orientiert sich die soziale Sicherheit einseitig an den (Erwerbs-)Einkommen. Und viertens konzentriert sich viel Reichtum.

Die Ungleichheit gefährdet den sozialen Frieden. Das kritisieren sogar einzelne Reiche. Eigentum verpflichtet, sagen sie. Und plädieren dafür, den sozialen Ausgleich zu fördern. Das ist erfreulich. Die

Existenzsicherung darf aber keinem beliebigen Goodwill überlassen bleiben. Sie ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Wobei heute auch öffentliche Einrichtungen und Diskurse, wie viele Lebenswelten, ökonomisiert sind. Nina Looser (2017, 127) half einem gestürzten Betagten. Sie alarmierte den Notfall-Dienst und das Wohnheim des Verunfallten. Die Person, die den Anruf entgegennahm, sagte spontan: „Oh, das kostet wieder.“ Sie dachte zuerst ans Geld, vielleicht zufällig.

Mit der Ökonomisierung häufen sich auch Schlagzeilen über die Alterslast. Angeblich entscheidet der Markt darüber, wie wertvoll die Arbeit oder ein Mensch ist. Gängige Diskurse erwecken den Anschein, als ob immer weniger Junge immer mehr Alte finanzieren müssten. Noch überwiegen aber die unter 20-jährigen die über 65-jährigen. Das ist vielen unbekannt. Und in 15 Jahren kommt der Pillenknick ins Alter. Dann sinken die Anteile der alten Menschen wieder, die übrigens alle ihre Renten selbst verdienen. Einige Frauen tun dies mit viel unbezahlter Arbeit. Zudem kosten die Jungen ebenfalls. Wenn wir ihre Anteile mit jenen der Alten zusammenzählen, bleibt das Verhältnis gegenüber den Erwerbsfähigen konstant. Was relevant ist. Und so könnte ich nun weiter argumentieren, wie die Renten rentieren, die über Konsumausgaben viele Arbeitsplätze schaffen. Renten sind jedoch wichtig, weil der Mensch ein Mensch ist, nicht weil sie rentieren. Aber die ökonomistische Sicht bewirtschaftet alles, was sie bewirtschaften kann, auch nationale Gefühle und Ängste, die „gnadenlos instrumentalisiert“ werden, wie Fiona Jeffries (2019, 8) anhand vieler Beispiele und Interviews darlegt.

Keine Ängste schüren

Die nationalistische Sicht überhöht eine Volksgemeinschaft, die soziale Klassen scheinbar aufhebt. Sie befördert einen Provinzialismus, der sich politisch konservativ gebärdet und teilweise von neoliberalen Eliten distanziert, sich aber oft als Kehrseite des wirtschaftlich geprägten Globalismus erweist. Anders verhält es sich bei einer demokratischen Globalität. Sie strebt eine internationale Solidarität mit einem fairen Austausch zwischen allen Regionen an. Das ist dringlich. Moderat problematisieren auch politisch Liberale die soziale Kluft, die Neoliberale oft rechtfertigen, da sie angeblich die Gesellschaft dynamisiert. So gehen marktgläubige Regimes vermehrt dazu über, soziale Sicherheiten abzubauen, Steuern zu senken und öffentliche Einrichtungen zu privatisieren. Bei Defiziten ist dann der viel gescholtene Staat gefragt, der sich sonst auf die Ordnungspolitik und darauf konzentrieren soll, Folgen der neoliberalen Offensive abzufedern. Zum Beispiel gesundheitliche Schäden. Sie nehmen mit sinkenden Einkommen zu. Etliche Betroffene reagieren angstbesetzt mit einer resignativen Konformität, die vordergründig Halt gibt. Oder sie finden in populistischer Politik Balsam für ihre verletzten Seelen. Die Psychoanalytikerin Jeannette Fischer (2018) setzt sich eingehend damit auseinander, wie Angst bestehende Machtverhältnisse stabilisiert.

Sozial Benachteiligte lasten sich oft an, was primär gesellschaftlich verursacht ist. Sie versuchen den Anschein zu erwecken, alles sei in guter Ordnung. Das Individualisieren und Tabuisieren sozialer Gegensätze verstärkt diese Verklärung. Aber damit ist der Druck nicht weg, selbst wenn er sich auf noch Bedrängtere abwälzen lässt. Häufig führt er zu psychosomatischen Erkrankungen. Kommen soziale Ungerechtigkeiten jedoch transparent zur Sprache, dann verkehren sich depressive Verstimmungen je nachdem in eine Empörung. Die Wut kann eine widerständige Haltung stärken oder aber auch dazu führen, sich populistisch vereinnahmen zu lassen. Zumal einfache (Feind-)Bilder etwas Stabilität vermitteln.

Populistische Leader sagen zu den Leuten: Habt keine Angst. Sie schüren aber Angst, um sich dann als Rettende anzubieten. Sie vermitteln auch das Gefühl: Wir sind eine Familie und tragen Sorge zum Vaterland. Das hilft, sich mit einer homogenisierten Wertegemeinschaft zu identifizieren. Populistische Strömungen benötigen charismatische Gurus. Und umgekehrt. Die Gurus benötigen

eine Gefolgschaft. Sie wollen im Namen des Volkes die Classe Politique entmachten, zu der sie selbst gehören. Sie werfen ihr vor, das Volk zu veräppeln und kritisieren so den Schatten ihrer eigenen Methoden. Auch Gewerkschaften diskutieren darüber, ob sie populistischer agieren sollten, um mehr Einfluss zu erlangen. Aus meiner Sicht gilt es jedoch, Sachverhalte zu differenzieren, was nicht heisst, sich in Details zu verlieren. Wenn wir uns für eine solidarische Gesellschaft engagieren, müssen wir uns auch mit unseren Mitteln an den emanzipatorischen Zielen orientieren, die wir anstreben: solidarisch und ohne Angst zu schüren, aber durchaus offensiv und radikal demokratisch. Zum Beispiel mit der Forderung, das Maximum der obersten Löhne auf das Doppelte der untersten anzupassen.

Demokratie stärken

Die Schweiz ist eine halbdirekte Demokratie. Die Stimmberechtigten bilden den Souverän. Sie können an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und sich in Parlamenten vertreten lassen. Die Verfassung regelt, wie die Kompetenzen verteilt sind. Der europäische Aufbruch initiierte den Schweizer Bundesstaat von 1848 mit, der (Grund-)Rechte für alle postulierte. Missliche soziale Bedingungen führten zu Kritiken an repräsentativen Gremien und zu direkt demokratischen Reformen. Wer von Entscheiden betroffen ist, soll diese mitgestalten können. Das deklarierte schon die Französische Revolution (1789), die die Helvetische Republik inspirierte. Sie zeigte auch Grenzen des Mehrheitsprinzips und der Volksherrschaft auf. Unabdingbar sind die Gewaltenteilung, der Minderheiten-Schutz und Menschenrechte. Die neue Bundesverfassung (1999) stärkt, kaum bemerkt, diese wichtige Option. Sie baute Grundrechte leicht aus.

Schon während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts politisierte die Schweiz sehr wirtschafts- und selbstbezogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte der Bundesrat erlangte Vollmachten behalten. Der Souverän setzte sich mit einer Initiative für die „Rückkehr zur direkten Demokratie“ (1949) ein. 1963 trat die Schweiz dem Europarat bei. 1974 unterzeichnete sie, nach Einführung des Frauenstimmrechts (1971), die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) von 1950. Die Menschenrechte sind in der Schweiz weniger verankert als die Demokratie.

Spannungen zwischen direkter Demokratie und Menschenrechten zeigen sich am Beispiel der Eidgenössischen Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“. Am 29. November 2009 stimmte der Souverän dem Vorschlag der national konservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) zu. Er kollidiert mit dem Menschenrecht, eigene Religionszugehörigkeit frei praktizieren zu können. Darf also ein Beschluss einer Mehrheit ein Menschenrecht missachten? Nein! Die direkte Demokratie muss die Menschenrechte einhalten. Deshalb ist eine Gerichtsbarkeit nötig, die die Übereinstimmung garantiert. Zum Beispiel durch eine Verfassungskommission, das Bundesgericht oder erweiterte Ungültigkeitsgründe. Verbindliche Menschenrechte und (direkte) Demokratie bedingen sich gegenseitig.

Am 6. Dezember 1992 lehnte der Souverän den Bundesbeschluss für einen Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Die Stimmenden folgten mehrheitlich der SVP. Der Entscheid brachte Zweifel an der direkten Demokratie auf. Zum einen wegen der populistischen SVP-Kampagne, zum andern wegen dem gewaltigen Einsatz finanzieller Mittel. Die SVP verfügt über mehr Geld als alle andern Parteien. Ihr prominentester Sponsor gehört mit einem Familienvermögen von rund zehn Milliarden Franken zu den Reichsten der Schweiz. Allerdings können auch einzelne Verbände auf erhebliche Ressourcen zurückgreifen. Die Economiesuisse ist die grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft (Mäder 2015, 118). Sie setze jeweils nur so viele Mittel ein, wie nötig seien, um eine Abstimmung zu gewinnen. Enge Bande pflegt sie zur Verwaltung und

zum nationalen Parlament, dessen Mitglieder über 2000 eigene Interessenbindungen deklarieren. Die Macht des Geldes gefährdet demokratische Prozesse.

Eine (direkte) Demokratie funktioniert, wenn die Bevölkerung an Entscheiden wirklich teilhat. Wichtig sind für diese Teilhabe politische Bildung und materielle Sicherheit. Zudem transparente Abstimmungen (inkl. Budgets) und öffentliche Mittel, um Volksrechte gegenüber Verbandsrechten zu stärken. Die Schweiz führte 1971 endlich das Frauenstimmrecht ein. Seither wähnt sie erst recht, eine mustergültige Demokratie zu sein, obwohl der politische Einfluss vor den Pforten der Wirtschaft immer noch Halt macht. Debatten über eine umfassende Mitbestimmung sind rar. Hier besteht Nachholbedarf. Und zwar global. Die wirtschaftliche Machtballung stellt die demokratische Politik in den Schatten. So entstehen einseitige Abhängigkeiten, die autoritäre Kräfte stärken, statt demokratisch legitimierte Föderationen wie die Vereinten Nationen (UN).

Im Jahre 2014 reüssierte die SVP mit einer Eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“. 2016 doppelte sie mit einer Durchsetzungsinitiative nach, scheiterte aber. Wie mit der Initiative „Schweizer Recht vor fremden Richtern“ (2018). Jetzt versucht die SVP ein Burka-Verbot zu erwirken. Die „Initiativenflut“ führte 1977 mit dazu, die für Initiativen nötige Unterschriftenzahl zu verdoppeln und die Sammelfrist zu begrenzen. Ein weiterer Vorschlag will das Sammeln von Unterschriften nur noch in offiziellen Lokalitäten zulassen. Im Jahr 2000 lehnte der Souverän auch eine Eidgenössische Volksinitiative „Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag“ ab. Mit dem konstruktiven Referendum hätte das Volk nicht nur über Annahme oder Ablehnung einer Gesetzesvorlage entscheiden können, sondern auch über inhaltliche Änderungen.

Der Politologe Andreas Gross (2017, 58) will die (direkte) Demokratie weiter stärken und verfeinern. Zum Beispiel mit einer bundesweiten Gesetzesinitiative, einer Volksmotion oder dem parlamentarischen Recht, ein dringliches Gesetz schnell in Kraft treten zu lassen. Diese institutionellen Reformen wenden sich gegen aktuelle Versuche, die demokratische Prozesse abbauen, umgehen oder für eigennützige Zwecke vereinnahmen wollen. Wichtig ist zudem eine lebendige Kultur demokratischer Auseinandersetzung auf weiteren Parketts. Zum Beispiel in Quartiersversammlungen zur Gestaltung öffentlicher Räume. Oder im Rahmen von Klima- und Frauenstreiks. Das Denknetz-Buch *Reclaim Democracy* (Daellenbach et al. 2019) diskutiert weitere Ansätze.

Seit der Wirtschaftskrise von 2007 wehren sich zivil Couragierte vermehrt für ein soziales Miteinander. Davon zeugen etwa die Occupy- und aktuellen Klimaproteste. Neue soziale Bewegungen wehren sich auch gegen populistische Kräfte, die die heraufbeschworene Nation spalten und Probleme mit Mitteln bewältigen wollen, die sie verursachen. Die mündig emanzipatorischen Alternativen stärken hingegen eine soziale Infrastruktur, die das solidarische Engagement ohne enge soziale Kontrolle fördert. Die Individualisierung brach fest gezurrte soziale Strukturen auf. Viele Menschen suchten mehr Anonymität in der Urbanität. Doch die erstrebte Coolness erwies sich teilweise als brüchig und zu kühl. Diese Erfahrung stützt das Bedürfnis nach frei gewählter sozialer Verbindlichkeit. Ein kritischer Umgang mit der von Isolde Charim (2018) interessant gewürdigten Pluralität kann eine Identität fördern, die Widersprüche zulässt und sich mit ihnen auseinandersetzt, ohne in Beliebigkeit abzudriften. Eine selbst-reflexive Haltung kultiviert und demokratisiert direkte sowie repräsentative Formen der Demokratie. Dabei hilft „eine normative demokratische Öffentlichkeit“, hält René Rhinow (2017, 257) aus politisch liberaler Sicht fest. Daran lässt sich anknüpfen, um das finanzkapitalistische System zu überwinden, das demokratische Prozesse unterläuft.

Solidarität

Debatten über Autonomie orientierten sich in den 1960er-Jahren stark am mündigen Individuum. Selbstbestimmte Distanz sollte die gemeinschaftliche Stallwärme und Kontrolle ablösen. Die neoliberale Politik hat dann die Konkurrenz forciert und soziale Bande anonymisiert. Mit dieser Erfahrung wächst da und dort die Bereitschaft, mehr frei gewählte Verbindlichkeit einzugehen. Sie weist über Einkäufe für Betagte und Spaziergänge mit Menschen, die eine Beeinträchtigung haben, hinaus. Nachbarschaftliche Arrangements wollen sich um den beruflichen Einstieg von Jugendlichen und von Migrierten kümmern. Sie unterstützen deren sportliche Betätigung in Parkanlagen, was auch dazu führt, sich politisch mit Bürokratien anzulegen. Solidarische Netze wollen sich narzisstischen Antrieben entziehen. Sie halten die emanzipierte Selbstbestimmung hoch und lehnen die Fiktion eines ungebundenen Selbst ab. So erleben auch genossenschaftliche Ansätze eine kleine Renaissance. Sie stärken die zivile Gesellschaft. Aber sie haben im Kontext der Profitwirtschaft einen schweren Stand. Umso nötiger sind sie – als Inseln der Zukunft.

Der kapitalistische Wettstreit überfordert viele Individuen. Er verunsichert und beeinträchtigt den Selbstwert. Die permanente Selbst-Optimierung übergeht das Bedürfnis, sich sinnvoll einzubringen. Die entrückte Leistungsmoral vernachlässigt die Lebensfreude. Sie vermittelt das Gefühl, nie zu genügen und prägt, was als Standard gilt. So wirken auch freiheitliche Prozesse bedrohlich. Latente Selbstzweifel hemmen das eigenwillige Handeln. Die Angst vor Ablehnung erhöht die Anpassung. Wer darauf getrimmt ist, fremde Erwartungen zu erfüllen, schützt sich mit Fassaden. Unter kapitalistischen Bedingungen gewöhnen wir uns früh daran, von vermeintlichen Schwächen anderer zu profitieren. Wir müssen ständig rivalisieren. Damit entsteht ein Nährboden für Ressentiments. Die aufkommende Häme beeinträchtigt die Bereitschaft, sich solidarisch zu engagieren. Gleichwohl verhalten sich viele Menschen sozial und selbst-reflexiv, trotz Konkurrenz und ökonomisierten Lebensverhältnissen. Es ist wichtig, die vielfältigen sozialen Ansätze wahrzunehmen, wert zu schätzen und kreativ zu kultivieren.

Die kritische Solidarität, mit der sich auch die Zeitschrift *Widersprüche* (151/2019) befasst, verbindet Menschen, soziale Bewegungen und Institutionen, die sich emanzipatorisch engagieren. Sie analysiert die Machtverhältnisse in allen Bereichen und wehrt sich gegen deren Ökonomisierung. Um weniger vereinnahmt zu werden, empfiehlt die Zeitschrift (ebd.), je nachdem lieber vom Rand aus zu agieren, denn konzessionsbereit ins Zentrum zu drängen. Freiheitlich konzipiert, konstituiert die kritische Solidarität eine solidarische Gesellschaft, die auf sozialer Gerechtigkeit basiert. Sie realisiert den sozialen Ausgleich in allen Bereichen. Solidarität beruht auf einem Verständnis darüber, dass eine Gesellschaft auseinander bricht, wenn sich Individuen auf partikuläre Eigeninteressen konzentrieren, statt auf das gemeinsame Wohl. Eine solidarische Gesellschaft gewährt allen Mitgliedern eine gesicherte Existenz. Sie unterstützt ein Sozialwesen, das niemanden ausgrenzt. Sie lebt das soziale Miteinander und schützt es auch institutionell. Von, mit und für Menschen, die einen selbstreflexiven Umgang mit sich haben und auch „Gefühle denken“ können, was Frigga Haug (2018, 176) anregt, die eindrücklich darüber nachdenkt, wie die „Selbstveränderung und Veränderung der Umstände“ zusammenkommen. Das Bewusstsein, die Herrschaft, von der wir uns emanzipieren wollen, auch in uns zu tragen, stärkt, so Haug, die Handlungsfähigkeit. Damit sich die soziale Teilhabe und solidarische Gesellschaft finden, ist aus meiner Sicht eine radikale Ausweitung demokratischer Prozesse in der Wirtschaft, Politik, (Zivil-)Gesellschaft und in allen Lebenswelten erforderlich. 1968 galt dieser Ansatz als reformistisch. Engagiert umgesetzt, ist er emanzipatorisch progressiv, vielleicht sogar revolutionär.

Quellen

Bude, Heinz, 2019: Solidarität. Die Zukunft einer grossen Idee. München

Charim, Isolde, 2018: Ich und die Anderen. Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert. Wien

Daellenbach, Ruth / Ringger, Beat / Zwicky, Pascal (Hg.), 2019: Reclaim Democracy. Die Demokratie stärken und weiterentwickeln. Zürich

Fischer, Jeannette, 2018: Angst - vor ihr müssen wir uns fürchten. Basel

Gross, Andreas, 2016: Die unvollendete Direkte Demokratie. 1984-2015: Texte zur Schweiz und darüber hinaus. Thun

Haug, Frigga, 2018: Selbstveränderung und Veränderung der Umstände. Berlin

Jeffries, Fiona, 2019: Wir haben nichts zu verlieren ausser unsere Angst, Zürich

Looser, Nina, 2017: Der Sturz. In: Mäder, Ueli / Schwald, Andreas: Dem Alltag auf der Spur. Zürich, 127-131

Mäder, Ueli, 2015: macht.ch – Geld und Macht in der Schweiz. Zürich

Nussbaum, Martha, 2018: Königreich der Angst. Gedanken zur aktuellen politischen Krise. Darmstadt

Rhinow, René, 2017: Recht im politischen Prozess. Beiträge zu Institutionen und Reformen im demokratischen Verfassungsstaat – mit biografischen Anmerkungen. Basel

Widersprüche, Nr. 151, 2019: Kritische Solidaritäten? Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Frankfurt a.M.

Für ein solidarisches Miteinander – ein Gespräch mit Bini Adamczak

(Ueli Mäder, in: Widerspruch 73, August 2019, S. 17-29)

Die Politaktivistin und Autorin Bini Adamczak befragt Begriffe der politischen Theorie auf ihre Aktualität und denkt über solidarische Beziehungen nach. Im Mai 2019 tauschten wir uns in Berlin darüber aus, was Solidarität ermöglicht.

Ueli Mäder: Woher kommst du und wie hast Du Dich politisiert?

Bini Adamczak: Ich komme aus dem Rhein-Main-Gebiet und bin in der Nähe von Rüsselsheim aufgewachsen, der Stadt, wo ein Opel-Werk existierte. Radikalisierte Studierende wollten nach 1968 die Arbeiterinnen agitieren und haben Strukturen hinterlassen, Bücher- und Infoläden. In den 1970er-Jahren entstanden Alternative Bewegungen, in den 1980er-Jahren eine Autonome Szene mit Häuserbesetzungen und Bauwagenplätzen. Ungewöhnlich für kleinere Städte. Das war mein Glück. So kam ich mit einer lebendigen linken Geschichte in Berührung und zur Theorie.

Wurde Dir Deine kritische Haltung schon ein wenig in die Wiege gelegt?

Meine Eltern, wie viele meiner Lehrerinnen, sind von 1968 geprägt. Viele von ihnen hatten sich dadurch von ziemlich weit rechts nach ziemlich weit links bewegt. Während des Marsches durch die Institutionen haben sich viele wieder angepasst. Durch die Enttäuschung hindurch blieb die von 1968 her stammende Hoffnung jedoch spürbar.

Wie bist Du als Vertreterin einer jüngeren Generation dazu gekommen, Dich so intensiv mit der Russischen Geschichte und mit Revolutionen auseinander zu setzen?

Ich habe in Frankfurt studiert. Die Tradition der Kritischen Theorie regte uns an, Lesezirkel zu bilden und frühere Schriften zu studieren: von Adorno, Horkheimer und immer wieder von Marx. Gegen Habermas' Abgrenzung zur französischen Philosophie wurden hier aber auch Foucault, Derrida, Butler, Haraway diskutiert.

Nimmst Du dieses geschichtliche Bewusstsein auch bei heutigen Jugendlichen wahr?

Das Alter ist für mich keine entscheidende Kategorie. 1990 dominierten noch Thesen zum Ende der Geschichte. Das änderte sich mit der Wirtschaftskrise von 2008 und den Rebellionen ab 2011. Seither gibt es viel mehr Kapital-Lesekreise und offene Debatten über Kapitalismus, ökonomischen Reichtum und soziale Ungleichheit sowie wirkliche Demokratie. Seither ist für viele klar: Eine andere Welt ist möglich und nötig. Der Kapitalismus ist nicht länger alternativlos.

Ist also unter heutigen Jugendlichen die Kapitalismuskritik verbreitet?

Ja, in den USA sind heute mehr Jüngere denn je für den Sozialismus. Der Umschwung kam mit der Occupy-Bewegung, die auf die Weltwirtschaftskrise reagierte. Inzwischen ist sie von der Oberfläche verschwunden, bleibt aber wirkungsmächtig. 2017 ist mein Buch *Communism for Kids* in den USA erschienen, wo es einen antikommunistischen Shitstorm ausgelöst hat. Dass ein renommierter Uni-Verlag sich jedoch überhaupt entscheidet, ein Buch über

Kommunismus zu veröffentlichen, heisst, dass er mit einer entsprechenden Nachfrage rechnet. Das zeigt: Die Kräfteverhältnisse haben sich geändert

Wie bist Du dazu gekommen, so ein Buch zu schreiben? Wolltest Du den Kindern eine konkrete Utopie vermitteln?

Es ging nicht um Kinder, sondern um die „kindliche“ Fähigkeit, mehr zu wünschen als machbar erscheint. Wir haben mit der Philosophin Rahel Jaeggi 2003 viel über den frühen Marx diskutiert, der mit seiner Kategorie der Entfremdung die 1968er-Kritik am Staatssozialismus inspirierte. Im gleichen Jahr trafen sich undogmatische Linke zu einem Kongress *Indeterminate! Kommunismus*. Dabei ging es darum, versprengte Gruppen zusammen zu bringen, um nach dem Ende des Staatssozialismus den Begriff des Kommunismus als gemeinsamen Fluchtpunkt neu zu beleben.

Solidarische Beziehungen und die Auseinandersetzung mit der Geschichte sind Dir wichtig. Strukturelle Bedingungen ebenso?

Die Occupy-Bewegung wiederholte gewisse alte Fehler der Linken nicht, und zwar ohne dass alle Aktivistinnen die Geschichte eingehend studiert hatten. Sie nahm beispielsweise keine harte Spaltung zwischen Produktion und Reproduktion vor. Sie knüpfte an ein Verständnis an, das infolge von 1968 mühsam erkämpft wurde. Die Occupy-Bewegung verständigte sich auch über den Umgang untereinander. Solche Lernprozesse hängen jedoch auch von Kräfteverhältnissen und gesellschaftlichen Bedingungen ab, die sich rasch ändern können. Diese haben in Griechenland und Spanien zu schnellen Parteibildungen geführt.

Die voreilige Institutionalisierung sozialer Bewegungen ist ein Problem. Aber gibt es auch eine Gefahr, die institutionelle Solidarität zu vernachlässigen?

Für Occupy waren die Rückeroberung des öffentlichen Raumes und die Asambleas, die Versammlungen, enorm wichtig. Da fanden Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Sie erörterten, was trotz singularisierter Lebensverhältnisse verbindet. Sie reagierten damit auf die neoliberale Konterrevolution, die seit den 1980er-Jahren solidarische Bande zerschlug und das gesellschaftliche Feld zerteilte. Bis hin zur Utopie von Margaret Thatcher, nach der es keine Gesellschaft mehr gibt. Occupy suchte hingegen ein demokratisches, solidarisches Miteinander. Sie wollte Spaltungen und die Angst vor andern bzw. vor der Öffentlichkeit überwinden. Und das ist heute sehr aktuell.

Läuft das solidarische Miteinander nicht Gefahr, mit Weihwasser gegen Spekulation zu kämpfen?

Würden sich Proteste darauf beschränken, auf öffentlichen Plätzen zu demonstrieren, dann stünden sie harmlos da. In ihnen manifestieren sich aber Kämpfe gegen kapitalistische Herrschaftsverhältnisse. Die Frage, wie wir leben, führt zum Nachdenken darüber, warum wir nicht so leben können, wie wir wollen. In Griechenland entstanden aus der Not neue Ansätze solidarischer Ökonomie, alternative Gast- und Werkstätten sowie medizinische Zentren. Die selbst verwalteten Betriebe konnten ein Mindestmass an ökonomischer Reproduktion

garantieren, aber so lange es ihnen nicht gelingt, über das grosse Kapital zu verfügen und die europäische Wirtschaftspolitik zu verändern, bleiben diese Initiativen notwendig begrenzt.

Geraten so alte Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit wieder mehr in den Blick?

Wir sind heute mit einer fragmentierten Wirklichkeit konfrontiert. Da gibt es weltweit eine zentrale Spaltungslinie der Linken, die in den USA seit Trumps Wahlsieg deutlich hervor tritt. Da wird die Frage nach der Schuld diskutiert: Hat die Linke die Arbeiterinnen vernachlässigt? Hat sie sich zu wenig mit der sozialen Frage und zu sehr mit Identität und Kultur beschäftigt? Bei dieser Gegenüberstellung gibt es zwei linke Fraktionen. Die eine sagt, wir sind für Sozialstaat und ökonomische Gerechtigkeit, aber im Rahmen des Nationalismus. Eine andere findet sich bei Rot-Grün oder bei Hillary Clinton, die von Diversität und Pluralisierung sprechen, aber gleichzeitig für ökonomische Brutalisierung einstehen. Es geht darum, diese doppelte Spaltung zurück zu weisen. Und nun kam es letztes Jahr in Berlin zur grossen Demonstration *#unteilbar* gegen den Rechtsruck und die Gefahr des Faschismus. Meine Hoffnung bestünde jetzt darin, dass in diesem Hashtag *Unteilbar* beide Perspektiven zusammen kommen: gegen Rassismus, Sexismus, Nationalismus, Klassenspaltung, für Emanzipation, für ökonomische Gleichheit. Die Initiativen gegen Klimaerhitzung, gegen die europäische Sicherheitspolitik, gegen Gentrifizierung, Zwangsräumungen, für bessere Löhne müssen zusammenkommen. Die Möglichkeit hierfür zeigt sich auch in der aktuellen Frage der Enteignung grosser Immobilienbesitzenden. Da sprechen sich in Berlin sechzig Prozent der Bevölkerung dafür aus. Parolen, die als historisch galten, sind wieder aktuell. Auch bei der Klimakatastrophe zeigt sich immer deutlicher, dass sie sich nicht im Rahmen einer kapitalistischen Produktionsweise bewältigen lässt. System Change statt climate change. So kommen getrennte Strömungen zusammen.

Führen pluralisierte Sozialstrukturen dazu, Widersprüche weniger antagonistisch zu diskutieren als 1968?

Da bin ich skeptisch. 1968 steht für mich an der Grenze zu einer Verschiebung, die weg vom fordistisch normierenden Denken führte und eine Perspektive der Pluralisierung eröffnete, die in Verbindung mit ökonomischer Transformation stand. Sie stärkte den Begriff der Differenz gegenüber der Einheit und der Freiheit gegenüber der Gleichheit. In den 1970er- und 1980er-Jahren weiteten sich diese Effekte aus. Sie führten aber auch dazu, Widersprüche nur als Unterschiede zu betrachten und Differenzen mit Indifferenz zu begegnen: „jede lebt in ihrer eigenen Welt“. Statt hart zu kämpfen, zogen sich nun viele zurück, um Problemen auszuweichen. So beförderte die Pluralisierung eine ziemlich narzisstische Singularisierung. Heute geht es nun darum, kulturelle Distinktionen zu überwinden und als Gegenbewegung zur Pluralisierung das Gemeinsame zu fördern.

Die Pluralisierung ist stets gefährdet, etwas beliebig abzudriften. Aber befördert sie auch neue Bündnisse?

Das ist halt die Hoffnung, Ueli. Aus der Geschichte gibt es zwei Gefahren für das Gemeinschaftliche. Die eine ist die Vereinheitlichung, Zwangskollektivierung, Zentralisierung,

Oben-durch-Organisierung. Da verschwindet das Gemeinschaftliche. Alles wird homogenisiert. Und die andere Gefahr, die wir im Neoliberalismus haben, ist die Atomisierung und Fraktionierung mit der Pluralität als blosses Nebeneinander. Das ist jetzt unsere Ausgangssituation. Und da lassen sich keine alten Formeln der Einheit mehr aufrufen. Da stellt sich vielmehr die Frage, was für Möglichkeiten es gibt, tatsächliche Beziehungen herzustellen. Und hier liegt die Stärke einer Solidarität, die keine Gleichheit voraussetzt, keine homogenen Lebensbedingungen oder Interessen, aber klar den Anspruch auf Augenhöhe formuliert. Im Gegensatz zu einer paternalistischen Politik, die ein hierarchisches Verhältnis etabliert. Die Solidarität will eine Beziehung zwischen Verschiedenen herstellen, die aber auf Gleichheit zielt. Was manchmal gelingt und noch viel mehr gelingen muss.

Wie wichtig sind denn institutionelle Verbindlichkeiten? Und führen sie manchmal dazu, staatliche Einrichtungen mehr in Schutz zu nehmen als nötig?

Vielleicht gibt es da zeitliche Differenzen zwischen der Schweiz und Deutschland. In Deutschland gibt es die Kämpfe um die Verteidigung der sozialen Errungenschaften, der institutionellen Solidarität ab den späten 1990ern gegen die Angriffe der Konservativen um Helmut Kohl. Und dann wurden sozialstaatliche Einrichtungen und Ideen komplett zerlegt von der Rot-Grünen-Regierung von Schröder-Fischer. Agenda 2010, Hartz IV mit fatalen Auswirkungen auf die europäische Situation heute. Und in diesen Kämpfen hat ein grosser Teil der Linken sich immer darauf konzentriert, die vorherigen Errungenschaften zu verteidigen und zu halten. Das waren defensive Kämpfe und diese Kämpfe gehen oft verloren. Auch, weil sie nicht wirklich mobilisieren. Wir sind erfolgreicher, wenn wir offensiver agieren und nicht einfach Institutionen verteidigen, sondern unseren Vorstellungen von einem guten Leben folgen. Aber die Frage der Institutionalisierung von Solidarität ist prinzipieller: Einerseits gibt es wilde Solidarität, die nur in der Bewegung existiert. Sie hat die Gefahr, sich zu verflüchtigen und kann nur solange am Leben bleiben, als die Leute auf der Strasse sind und viel Zeit reinstecken. Auf der andern Seite hat die institutionelle Solidarität die Gefahr zu erschlaffen, abzusterben, zu verbürokratisieren und undemokratisch zu werden. Wie lässt sich jetzt da zwischendurch manövrieren? Interessant ist das erwähnte Beispiel der Enteignung. Sie öffnet das Tor für eine wichtige Diskursverschiebung. Alle stehen zunächst hinter dieser Forderung. Sie weckt die Hoffnung, mittelfristig die Miete zu senken. Aber nun fragt sich, was würde denn nachher kommen, ohne privates Kapital. Der Staat? Der hat selbst viel Wohnraum verscherbelt und missliche Konditionen durchgesetzt. Da müssen wir Formen finden, die sich beispielsweise an genossenschaftlichen Modellen und Mietshäusersyndikaten orientieren, bei denen die Häuser nicht verkauft werden dürfen, aber wirklich demokratisch verwaltet werden.

Und wie zuversichtlich bist Du, dass das gelingt?

Die Chancen stehen tatsächlich gar nicht so schlecht. Da gibt es ein Bündnis zwischen ausserparlamentarischen Bewegungen und Entsprechungen in linken Parteien. Die Bewegungen wissen, dass sie tiefer buddeln müssen, um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Ihre Forderungen radikalisieren sich. Und die Rot-Rot-Grünen sind dabei, die

Fehler ihrer Vorgängerinnen zu verarbeiten, die sie nicht wiederholen dürfen. Die Lause, das Haus, in dem ich arbeite, hat die frühere rote Regierung vor zehn Jahren für 2,3 Millionen Euro an einen privaten Investor verkauft, der es jetzt für 20 Millionen anbietet. Neue Modelle sind also gefragt, die den Besitz demokratisieren, das Land der privaten und staatlichen Spekulation entziehen und bspw. auf hundert Jahre hinaus verpachten. Die Lause ist übrigens ein Projekt aus dem Kiez für den Kiez, eine Hausgemeinschaft mit politischen, handwerklichen und künstlerischen Initiativen, Wohngemeinschaften und diversen Kooperationen.

Wie siehst Du das Verhältnis von Solidarität und Freiheit? Kann das gemeinschaftliche Wir das emanzipierte Ich vereinnahmen?

Ich gehe von der Französischen Revolution aus, der ersten grossen Revolution, die feststellt, wir können nicht nur unser Leben in bestimmten Bedingungen verändern, sondern die Bedingungen unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Das heisst Revolution. Sie kommt mit der Trias *Freiheit, Gleichheit, Solidarität* in die Welt. Meine These ist, die Russische Revolution fokussiert auf die Gleichheit, die 1968er auf die Freiheit; die eine auf Einheit, die andere auf Differenz. Bei beiden ist die Solidarität ein Bindemittel. Sie wird zwar angerufen, geht aber als erstes verloren. Doch die Solidarität ist das, was gestärkt werden muss. Die Fokussierung auf Gleichheit wird von der Stalinistischen Konterrevolution gekontert, die in Homogenisierung endet, in Gleichheit ohne Freiheit. Und 1968 wird von der neoliberalen Konterrevolution übernommen, von Freiheit ohne Gleichheit und Solidarität, das heisst Individualisierung und Atomisierung. Wenn nun die Solidarität im Kontext der Geschichte und neoliberalen Konterrevolution gestärkt werden muss, sollten wir die bisherigen Erfahrungen nicht aus dem Blick verlieren. Es kann und darf keine Solidarität ohne Gleichheit geben und auch keine Solidarität ohne Freiheit, nach der Du gefragt hast. Es gibt eine scheinbare Opposition gegen den Neoliberalismus von rechts, die das Individualistische, Karrieristische kritisiert und dagegen das gemeinschaftliche Feld anruft. Sie ist aber erstens nicht gleich, spricht nur bestimmte Menschengruppen an und betrachtet andere als Ungleiche. Diese Opposition ist zweitens auch nach innen nicht frei, weil sie gleichmachend das Nationalvolk zelebriert, also den Korpsgeist und Loyalitätszwang durchsetzt, aber nicht Solidarität. Solidarität bedeutet, dass wir uns auf Augenhöhe begegnen, als Gleiche, nicht in einem hierarchischen Sinne. Sie bedeutet auch, dass wir immer freiwillig einwilligen, Teil einer Gemeinschaft zu sein und die Möglichkeit haben, uns den Anforderungen der Gemeinschaft zu entziehen. Es ist nie eine bedingungslose Solidarität. Sie muss immer wieder hergestellt werden. Die Gefahr, die Freiheit wie die Gleichheit zugunsten der Gemeinschaft zu opfern, geht momentan von rechts aus. Auf der Linken sehe ich die Gefahr nicht so stark. Aber es gibt auch eine Strömung der Linken, die sagt, wir müssen statt auf den neoliberalen globalen Zauber auf den Nationalstaat setzen und die Ergebnisse von 1968 rückgängig machen. Das ist eine gefährliche Tendenz.

Wie beurteilst Du neoliberale Stimmen, die sich wieder stärker auf das politisch Liberale besinnen, weil sonst der gesellschaftliche Zusammenhalt ganz aufbrechen könnte?

Da ist ja die Krise von 2007/08 interessant, die aber erst 2011 richtig politisch und für viele spürbar wird. Auch, weil der Legitimationszusammenhang des Neoliberalismus brüchig wird, die Ideologie: Du kannst es schaffen und Dich erfolgreich durchwursteln. Oder auf makro-ökonomischer Ebene: Wachstum, Wachstum; wir haben die Krise unter Kontrolle. Dieser Legitimationskitt wird brüchig. Das spüren Mittelschichten, aber auch bürgerliche Intellektuelle. Sie merken, so wie bisher geht es nicht weiter. Und dann entscheiden sich viele nach rechts. Aber einige öffnen sich auch nach links, suchen nach anderen Konzepten und lassen radikale Linke in ihren Gazetten zu Wort kommen, weil sie selber merken, etwas ist unstimmig. Die ökonomischen Fragen, die ökologischen und auch die Fragen der weltweiten Migration können im nationalstaatlich-kapitalistischen Rahmen nicht gelöst werden.

Wie beurteilst Du gewerkschaftliche Kreise, die einen linken Populismus einfordern?

Da bin ich kritisch. Occupy löste sehr emanzipatorische Prozesse aus mit einem grossen kreativen Potenzial auch auf der Beziehungsebene. Die Bewegung entwickelte neue Antworten auf alte Fragen. Aber in dem Moment, wo sie sich in relativ traditionelle Parteien verwandeln, hat man auf einmal auf der Repräsentationsebene wieder die weissen Männer, in Griechenland Tsipras und Varoufakis als Medienheld. Oder in Spanien Podemos mit ihren grossen Anführern. Da geht viel Emanzipatorisches flöten, ohne dass viel gewonnen wäre. Wie in den USA. Es ist ein Fehler zu denken, die linken Strömungen seien Ausdruck von Bernie Sanders. Es ist andersrum, Sanders ist stark, weil die Bewegung stark ist. Die Hoffnung von oben erlöst zu werden, wird immer wieder enttäuscht.

Dann hilft es auch nicht, komplexe Sachverhalte zu simplifizieren, statt zu differenzieren?

Ich habe nichts gegen Einfachheit, auch nichts gegen Leidenschaft in der Politik. Aber gegen Nationalismus und Personenkult. Wir haben das ja in Deutschland jetzt gesehen mit dieser Aufstehbewegung von Sarah Wagenknecht, die gescheitert ist. Auch weil sich, was für eine Ironie, die grosse Anführerin zurückzieht. Das ist ja auch nicht so schade, weil die ganze Konzeption schon sehr problematisch war. Die Vorstellung, man könnte die Rechten schwächen, indem man zentrale Argumente von ihnen übernimmt. Das stärkt diskursiv in Wirklichkeit die Rechten. Es lässt sich keine emanzipatorische Politik machen, die nationalistisch ist.

Nachgefragt – in Kürze

Angst essen Seelen auf?

Angst ist ein zentraler affektiver Motor des Kapitalismus. Die Angst lässt sich nur durch die Transformation der sozialen Beziehungen aufheben.

Die neoliberalen Versprechen werden je länger desto unglaubwürdiger?

So ist es. Sie vermögen nicht mehr zu überzeugen. Und die Frage ist jetzt, was an ihre Stelle tritt. Es gibt ein rechtes Versprechen und ein linkes Versprechen. Beide sind kollektiv

konnotiert. Aber das eine setze auf Gleichheit, Freiheit, Solidarität. Das andere auf Ausschluss, Autoritarismus, Korpsgeist.

Und trotzdem hält sich die Widerständigkeit in Grenzen?

Jo, aber momentan bin ich wieder optimistischer. Ich habe das Gefühl, dass sie zunimmt. Die Friday for Future Bewegung ist ja wirklich global. Und es gibt mehr Verknüpfungen zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen, die nicht nur defensiv sind, sondern neue offensive Antworten entwickeln.

Gleichheit ist Glück?

Das ist schön. Ich würde heute gegen die neoliberale Singularisierung hinzufügen: Gleichheit ist Freiheit von dem Zwang, besonders sein zu müssen. Das ist sehr entlastend, entspannend.

Beziehungsweise – psychologisiert?

Glaube ich eigentlich nicht. Es gibt eine Gefahr, die Beziehungsweise mikrokosmisch zu verstehen, als persönliche Beziehung. Als ginge es darum, das Alltagsleben zu verändern und dann würde sich auch das Gesellschaftliche verändern. Aber mein Ansatz ist, auch die Ware, das Geld, das Kapital, die Demokratie als Beziehungsweise zu verstehen und die Spaltung in nahe und ferne Beziehungen aufzuheben.

Entsolidarisierung?

Kapitalismus ist Entsolidarisierung. In den letzten fünfzig Jahren ist Entsolidarisierung zugleich ein Prozess des Klassenkampfes von oben, der unter dem Namen Neoliberalisierung bekannt ist. Heute gibt es auch eine starke Gegenbewegung zur Entsolidarisierung, die Resolidarisierung. Das ist ein langer Prozess.

Angst der Eliten?

Ja, die wird spürbar. Momentan erleben wir sie in der Rückkehr des alten, vergessenen geglaubten Antikommunismus. Da äussert sich die Angst. Zudem in der schon länger anhaltenden Autoritarisierung des Staates. Was mir wirklich Sorgen macht, sind die neuen Polizeiaufgaben-Gesetze in Deutschland und die Hochrüstung des Staates etwa in Frankreich. Die Polizei ist schon Gewehr bei Fuss für Aufstandsbekämpfung. Sie schafft jetzt die Waffen, die sie in späteren Auseinandersetzungen anwenden wird.

Nimmst Du bei der Angst der Eliten auch Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich wahr?

In Frankreich ist der Kompromiss schon stärker weggebrochen. In Deutschland versucht sich die Elite mehr auf den Konsens zu beziehen und die gesellschaftliche Mitte anzurufen, einen Common Sense, den es in den USA, die in zwei Lager gespalten ist, kaum noch gibt. Und in Frankreich gibt es ihn auch weniger. Macron operiert einerseits sehr populistisch und andererseits mit purer Gewalt. Deutschland ist da etwas stabiler.

Scheitern?

Wenn wir uns fragen, wie möchten wir leben, dann ist es auch wichtig, sich mit der Geschichte und dem Scheitern auseinander zu setzen. Das Hauptargument gegen den Kommunismus ist die Erfahrung des bisherigen realen Kommunismus. Das ist kein falsches Bewusstsein, sondern ein wirkliches.

Müsste sich damit auch die Nach-Occupy-Bewegung mehr befassen?

Nicht unbedingt. Aber es ist schon wichtig, eingehend darüber nachzudenken, in welche Sackgassen wir nicht mehr reintappen möchten. Das bedeutet auch, dass wir all diese Fragen ernst nehmen und es uns nicht zu leicht machen. Es gibt ja auch die Tendenz zu sagen, das waren alles Autoritäre und wir sind jetzt die Libertären. Und dann haben wir mit dem Problem nichts zu tun. Aber das behindert unsere Möglichkeiten, uns gegenüber neuen inneren autoritären Tendenzen zu verhalten.

Selbstreflexion der 68erInnen

Die traditionellen Kommunisten befanden sich in einem Parteiverband. Da war man zugehörig, drinnen oder draussen. Viele 68erinnen waren in keinen stabilen Parteigefügen. Es gab andere Prozesse der Integration und Anpassung. Das Hinüberwechseln, das Hinübergleiten in die bürgerliche Gesellschaft war vor allem bei jenen ausgeprägt, die schon eh aus bürgerlichen Milieus oder Klassen kamen. Aber es ist kein dominantes Problem der 68erinnen, zu orthodox oder dogmatisch an Altem festhalten zu wollen. Ihr Problem ist eher, mit den sich wandelnden Kräfteverhältnissen nach rechts gewandert zu sein, mit den Grünen und Sozialdemokraten.

Zuversicht?

Ja, ich bin heute optimistischer als in den frühen 2000er- oder 1990er-Jahren. Spannend ist jetzt auch, was sich in der queer-feministischen Perspektive, die mehr in einem kulturalistischen, linguistischen und semiotischen Feld entwickelt wurde, mit dem materialistischen Feminismus tut, der sich stärker auf ökonomische Verhältnisse bezieht. Es gibt zwar die Gefahr, das gegeneinander zu diskutieren. Aber *Beziehungsweise Revolution* – also, das Konzept, auf unterschiedliche Beziehungsweisen in der Nachbarschaft, den Nahbeziehungen, der Produktion etc. zu fokussieren – steht genau für das Aufzeigen von Möglichkeiten, das Miteinander zu verbinden.

Global – regional?

Es gibt zwei Modelle, entweder man konzentriert sich auf das grosse Ganze, den Staat, von oben her, oder man versucht, von unten kommend, mit gutem Beispiel voran zu gehen, lokal, regional, mit alternativer Ökonomie usw. Das eine Mal droht die Gefahr eines autoritären Scheiterns, das andere Mal die Gefahr lokaler Niederlagen. Denn viele dieser Ansätze werden unter dem Zwang des Marktes ökonomisiert, marginalisiert oder zerstört. Da ist also der prinzipielle Konflikt, ob wir vom Allgemeinen oder dem Besonderen ausgehen. Wichtig ist die

Frage der Vermittlung, die wir nicht einseitig auflösen dürfen, weder partikularistisch noch naiv universalistisch.

Kasten:

Bini Adamczak, geb. 1979, ist Philosophin, Künstlerin und Publizistin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Politische Theorie und der Queer-Feminismus. Sie verfasste u.a. die Bücher Kommunismus – für Kinder (2004), Gestern Morgen (2007) sowie Beziehungsweise Revolution – 1917, 1968 und kommende (2017).

Autor:

Ueli Mäder, geb. 1951, ist Soziologe, emeritierter Professor an der Universität Basel und der Hochschule für Soziale Arbeit. Zuletzt erschien von ihm das Buch: 1968 – was bleibt? (Rotpunktverlag, Zürich 2018).